



Aufheben oder belassen? Die Schulsprengel polarisieren. Symbolfoto: Murauer

Nummer 26-IA | Donnerstag, 27. Jänner 2011

Schulsprengel geraten zwischen Polit-Fronten

Die Wohnungsvergabe müsse nicht geändert werden, um eine bessere Durchmischung bei Volksschulen herzustellen, kontert StR Pokorny-Reitter.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Wenn es darum gehe, an den Innsbrucker Volksschulen so genannte „Ghettoklassen“ zu verhindern, sei auch die Wohnungsstadträtin Marie-Luise Pokorny-Reitter (SP) gefordert, meinte am Montag Vize-BM Christoph Kaufmann (FI). Wie berichtet, will er an den Schulsprengeln festhalten, ja sogar die Kontrollen bei Neueinschulungen verschärfen, um eben gerade eine gute Durchmischung zwischen einheimischen Kindern und jenen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten.

Schützenhilfe leistete Kaufmann gestern die VP in Person von GR Ursula Waibel: „Wenn die Wohnungsvergabe passt, dann braucht es auch keine Sprengelaufhebung.“ Wenn aber, wie in manchen Stadtvierteln, bereits über 50 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufweisen würden, dann, so Waibel, „muss uns das zu denken geben“. Ghettobildung laufe für Waibel wesentlich über die Vergabe städtischer Wohnungen. Daher spricht sich die VP-Politikerin für „Quoten

in Wohnanlagen“ aus.

Mit Kaufmann ist indes Pokorny-Reitter nur in einem einzigen Punkt einer Meinung: „Das Aufmachen der Schulsprengel würde nur eine Wanderbewegung unter den Kindern auslösen.“ Ihr aber unterschwellig Mängel in der Wohnungsvergabe zu unterstellen, weist die Wohnungsstadträtin strikt zurück: „Da ist alles in Ordnung. Ich weiß nicht, was Kaufmann will.“ Alle Zuteilungen würden nach Wohnungsrichtlinien vergeben: „Und da war Kaufmann maßgeblich beteiligt.“

In die entgegengesetzte Richtung, nämlich für die Aufhebung der Schulsprengel, rührten gestern Grüne und Liberale die Polit-Werbetrommel. Für GR Sonja Pitscheider (Grüne) gehe das „starre System an der Realität vorbei“. Ganztagschulen und moderne Bildungskonzepte würden „Ghetto-Schulen“ schnell als „xenophobe Schreckgespenster entlarven“. Die Kontrolle der Sprengelaufteilung kritisierte GR Christian Kogler (Liberale) als „Spionage in die Privatsphäre“, der darüber hinaus auch eine „freie Schulsprengelwahl“ forderte.